

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhof 292 - 291  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhof 292 - 291

## Das „Ehrenwort“-Nest bei Sack.

### Wie dem Schulz zur Flucht verholfen wurde.

Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages am Mittwoch vormittag zunächst weitere Zeugenvernehmungen vor. Ein Fräulein Helene Engelhardt, 19 Jahre alt, jetzt bei einem Rechtsanwalt Meyer beschäftigt, war von April 1925 bis März 1926 bei Rechtsanwalt Sack. Sie hat sich des öfteren mit Fräulein Pogunke, die seinerzeit, als Oberleutnant Schulz in der Luisenstraße beim Landarbeiterverband verhaftet worden sollte, Sekretärin beim Landarbeiterverband war und dem Oberleutnant Schulz für Arbeiten zur Verfügung stand, über Schulz unterhalten. Die Zeugin fragt zunächst, ob sie aussagen müsse; sie habe sich

durch Ehrenwort zum Schweigen verpflichtet.

Nachdem sie über ihre Aussagepflicht aufgeklärt ist, sagt sie aus, Fräulein Pogunke habe ihr in Landsberg erzählt, sie habe, als Oberleutnant Schulz in der Luisenstraße verhaftet werden sollte, mit dem Abtatz gegen die Tür des Zimmers geklopft, in dem sich Schulz befand; das sei ein verabredetes Zeichen gewesen. Schulz sei daraufhin entkommen, und zwar durch einen Schrank. Ob durch diesen Schrank ein Hinterausgang verläuft war, kann die Zeugin nicht sagen. Auf weiteres Befragen erklärte die Zeugin noch,

Rechtsanwalt Sack habe sich auch einmal über den Kaffiber-Verkehr ausgelassen und gesagt, er würde Mittelungen einfach in alle Akten legen, die nicht genau durchgeprüft würden.

Hierauf wird ein Fräulein Donnic vernommen. Sie ist 19 Jahre alt und Stenotypistin bei Rechtsanwalt Dr. Sack.

Auch sie erklärt, sie sei durch Ehrenwort gebunden

und wird aufmerksam gemacht, daß das an sich kein Grund zur Verweigerung der Aussage sei. Auch sie ist in Landsberg gewesen, zusammen mit Fräulein Engelhardt, Fräulein Pogunke und Rechtsanwalt Sack. Fräulein Pogunke hat auch ihr erzählt, daß sie gegen die Tür mit dem Abtatz geklopft habe. Auch sie weiß, daß von einem Kleiderschrank die Rede war. Schulz sei auf das Zeichen hin verschwunden. Es sei auch einmal über Erich Klapproth gesprochen worden. Fräulein Engelhardt, die hierzu noch einmal befragt wird, erinnert sich einer Aeußerung des Fräulein Pogunke, sie habe Klapproth, als nach ihm gefahndet wurde, einen oder zwei Tage bei sich verbergt. Die Zeugin Donnic bestätigt diese Darstellung. Vernommen wird hierauf der Zeuge Wurster. Er gibt auf Fragen des Abg. Ruttner (Soz.) zu, daß er Schulz durch

Lebensmittel, Rauchmaterial usw. in der Untersuchungshaft unterstützt habe. An einem Befreiungsversuch für Schulz habe er nicht mitgewirkt, aber er fühle sich Schulz besonders eng verbunden, weil dieser sein früherer Vorgesetzter sei. Als Schulz sich selbst der Polizei gestellt hätte, sei darüber gesprochen worden, daß schon einmal von der Polizei nach Schulz im Gebäude des Landarbeiterverbandes gefahndet wurde, und daß dabei Schulz durch eine Hintertür entkommen sei. Der Zeuge kann aber nicht angeben, ob ihm das von Fräulein Pogunke oder jemand anders erzählt worden ist.

Auf weitere Fragen des Abg. Ruttner erklärt der Zeuge, in der Schwarzen Reichswehr und in der Organisation Ehrhardt seien die Mitglieder nicht ausdrücklich verpflichtet worden, ihre Kameraden in jeder Lage unbedingt zu unterstützen,

ihnen zur Flucht zu verhelfen

oder dergleichen; aber die Unterstützung der Kameraden habe jeder als seine selbstverständliche moralische Pflicht angesehen. — Abg. Ruttner: Würden Sie sich verpflichtet fühlen, auch jemand, der wegen Mordes oder Mordanstiftung angeklagt ist, zu unterstützen, indem Sie ihm zur Flucht verhelfen, die Auslage verweigern oder unwahre Angaben machen? — Zeuge: Das ist etwas, was jeder einzelne mit sich abzumachen hat, er muß ja die Konsequenzen tragen. — Abg. Ruttner: Entspricht nicht die Unterstützung des Schulz auch dem allgemeinen Solidaritätsgefühl? — Zeuge: Bei dem persönlichen Verhältnis, das ich zu Schulz, zu meinem Vorgesetzten, habe, würde mich auch eine Verurteilung von Schulz nicht in meinem Treueverhältnis wankend machen. Ich würde nach wie vor zu ihm stehen. — Auf Fragen des Abg. Dr. Deereberg (Dnat.) gibt der Zeuge an, er sei zweimal von der Polizei in Sachen vernommen worden, die mit dem Zeugen Schmidt zusammenhängen. Einmal habe Schmidt ihn der Beamtenbestechung und aller möglichen Dinge beschuldigt. Nach der Gegenüberstellung auf der Polizei habe er aber alle Betundungen widerrufen. Ein zweites Mal sei er auf Antrag der in der Rauhheimer Feinangelegenheit Angeklagten als Leumundzeuge über Schmidt vernommen worden. Er habe angegeben, daß Schmidt wenig glaubwürdig sei. Schmidt sei einer der übelsten Subjekte. Als der Zeuge sich weiter abfällig über Schmidt äußert, erlucht ihn der Vorsitzende, solche Werturteile zu unterlassen. — Abg. Riedel (Dem.) beantragt, über die polizeiliche Vernehmung des Wurster und Schmidt die zuständigen Polizeibeamten zu hören. Die Vernehmung dauert an.

## Frosch-Mäusekrieg.

### Die Opposition in der SPD. schließt sich zusammen.

Der Kampf der Geister in der kommunistischen Partei ist zurzeit von einer Heftigkeit, wie sie bisher nicht zu beobachten war. Die Aktion der Siebenhundert hat den Stein endgültig ins Rollen gebracht. Am ersten Tage nach der Veröffentlichung dieser Erklärung im „Vorwärts“ hatte die „Rote Fahne“ zunächst vor Schreck die Sprache verloren. Ein wehleidig jammender Artikel Wilhelm Pieck's, der letzten ragenden Säule im kommunistischen Bierwarr, zeigte, wie sehr den Leuten der Schreck in die Glieder gefahren war. Dann begann der Kleinhandel mit Unterschriften, vielmehr mit Unterschriftenabstrichen. Dieser Kleinhandel verlief nicht günstig. Das Bäckerbüchse Abtrünniger, die reumütig zur Futterkrippe zurückkehrten, ist nicht voll geworden.

Die Schwierigkeit für die kommunistische Zentrale bestand bei der Erklärung der Siebenhundert darin, daß es sich hier um ein Dokument aus den Reihen der kommunistischen Kerntruppen handelte. Hinter dieser Erklärung stand die sogenannte „Weddinger Opposition“. Wedding war immer in der kommunistischen Parteisprache der Mittelpunkt der Weltgeschichte. In diesem rein proletarischen Viertel war der Prozentfuß kommunistischer Stimmen am größten, und daraus zog man den parteioffiziösen Schluß, daß die SPD. dereinst das ganze Proletariat erobern werde, wenn alle Arbeiter erst so aufgeklärt sein würden, wie die Leute vom Wedding. Hier hatte Maslow in jahrelanger Arbeit die Grundlagen für seinen Aufstieg in der SPD. geschaffen. Hier organisierten ausgerechnet Ruth Fischer und Maslow die Fronde der „Proleten gegen die Intellektuellen“ und Bonzen in der eigenen Partei, gegen Brandler und seine Freunde. Der Wedding stellte für die radikale Richtung in der SPD. die Rekruten. Ruth Fischer und Maslow konnte man hinauswerfen, solange keine Gefahr vorhanden war, daß sich organisierte Massen ihnen anschlossen. Die Erklärung der Siebenhundert war deswegen so viel gefährlicher als alle bisherigen Abspaltungen, weil hier sich ein Massenadmarisch bisheriger Hauptadres der SPD. anständigte.

Die Taktik der Zentrale im inneren Parteikampf ging deshalb dahin, diese sogenannte Weddinger Opposition zu spalten und nach außen hin zur Dupierung der Organisationen im Lande immer wieder den Eindruck zu erwecken, daß die Opposition nur aus ein paar abtrünnigen Intellektuellen bestünde, die demnächst doch bei der SPD. landen würden. Daher das eifrige Bemühen, „menschewistische“ Gedankengänge bei der linken Opposition zu entdecken, und daher vor allen Dingen das Bestreben, die oppositionellen Arbeiter von ihren Führern, die Schafe von den Wölfen zu trennen. In diesem Zusammenhang war eine Veröffentlichung der „Roten Fahne“ vom 18. September von großer Bedeutung. An diesem Tage erschien eine angebliche Erklärung der „Weddinger Opposition“, die, wie aus dem begleitenden Kommentar zu entnehmen war, der Zentrale von einem gewissen Köster, einem engeren Freunde Webbers, überreicht war. Diese Erklärung wandte sich gegen Ruth Fischer, Maslow, Scholem usw. Es wurde festgestellt, daß diese „schwankenden Genossen“ das Recht verweigert hätten, irgendwelche Erklärungen im Namen der Weddinger Opposition abzugeben, diese habe vielmehr die Absicht, für ihre politische Auffassung im Rahmen der Partei zu kämpfen.

Wenn diese Erklärung den Tatsachen entsprach, dann war allerdings die Opposition außerordentlich geschwächt, denn sie verlor damit den organisatorischen Rückhalt, der die erste Erklärung der Siebenhundert zu einem so beachtenswerten Dokument gemacht hatte. Jetzt stellt sich aber heraus, daß diese Erklärung gang offensichtlich von der Zentrale der SPD. selbst fabriziert und von Köster nur unterzeichnet worden ist, der damit seinen „Umsatz“ besiegelte. Die wirkliche Opposition zwingt jetzt die „Rote Fahne“ zur Wiedergabe einer Kollektivklärung dieser Opposition, in der Köster als „Renegat“ bezeichnet wird und in der mit noch viel größerer Schärfe als Sinn und Zweck der Erklärung der Siebenhundert die Sammlung aller oppositionellen Kommunisten auf einer gemeinsamen Plattform bezeichnet wird. Diese Erklärung, die an Bedeutung deswegen nicht hinter der ersten Erklärung der Siebenhundert zurücksteht, heißt wörtlich:

Die linke Opposition in der SPD. kann gegenüber der distanzierenden und opportunistischen Parteiführung und ihrem Apparat nur siegen, wenn sie

auf der Plattform der Weddinger Opposition die Einheit der deutschen Einlen herstellt und die verhängnisvolle Zerspaltung überwindet.

Ein gewaltiger Schritt vorwärts in dieser Richtung war durch die Unterstützung unserer Resolution und Erklärung durch die Abraham-Anhänger bereits gelungen. Die gegenwärtige Parteiführung weiß, daß eine auf einer klaren und grundsätzlichen politischen Linie basierende und geeinte Linke ein übermächtiger Faktor gegen die opportunistische Parteilinie sein würde und vor allem unter der mehr und mehr rebellierenden JA-Anhängerschaft eine ungeheure Werbekraft hätte. Es ist also erklärlich, warum das JA. eine solche Entwiklung mit allen Mitteln verhindern will.

Um so mehr Veranlassung für uns als Weddinger Opposition, auf der als richtig erkannten Linie weiterzufahren, unbekümmert um einige um ihre Zukunft besorgten „parteil-treuen“ Umfallelemente. Es entsprach also vollauf dieser

## Germersheim.

### Die Bluttat des Leutnants — und ihre Lehren.

Das pfälzische Städtchen Germersheim, das schon einmal vor wenigen Monaten der Schauplatz von Uebergriffen französischer Besatzungsangehöriger gewesen war, hat nun aus neue eine traurige Bedeutung erlangt: Ein junger französischer Leutnant in Zivilkleidung hat drei deutsche Arbeiter niedergeschossen, von denen einer tot, einer lebensgefährlich verletzt und einer leichter verwundet liegen blieben. Der Schütze scheint keineswegs aus Notwehr gehandelt zu haben, sondern vielmehr im Blut- und Alkoholrausch. Aber nicht auf die Schuldfrage kommt es an, sondern auf die Lehren, die man aus diesem neuen Bilde in der endlosen Kette der kleinen Dramen und großen Tragödien, die sich seit nunmehr fast sieben Jahren im besetzten Gebiet von Zeit zu Zeit abspielen, zieht.

Vierzehn Tage nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, acht Tage nach den Besprechungen von Thoiry bringt dieser blutige Vorfall von Germersheim den gefährlichen Widersinn der fremden Besatzung zum Bewußtsein.

Die Außenminister Deutschlands und Frankreichs sind aufrichtig entschlossen, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Sie verkünden es feierlich und die ungeheure Mehrheit in beiden Ländern wünscht sehnlich, daß sie so bald wie möglich zum Ziele gelangen.

Eigentlich steht nur noch die Frage der Besetzung einer baldigen und wirklich aus dem Herzen kommenden Befriedigung entgegen. Alle sonstigen Fragen und Wünsche dürften mühelos, fast automatisch ihre Erledigung finden, sobald dieses Kernproblem gelöst ist. Und was an Deutschland liegt, um den Franzosen den Entschluß zur Befriedigung dieses Hindernisses zu erleichtern, soll geschehen.

Vergebens fragt man sich: Wozu unterhält Frankreich überhaupt noch eine Besatzung auf deutschem Boden? Von den imperialistischen Illusionen, die einst die offizielle Rheinpolitik Frankreichs bestimmten, ist das französische Volk längst deutlich abgerückt. Die militärische Sicherheit ist ihm dreifach verbürgt: Durch die in Versailles angeordnete Entlassung in den Vertrag von Locarno und jetzt obendrein noch durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die beste Sicherheit für Frankreich liegt aber in einer Befriedigung der beiden Völker, wie sie in Genf und Thoiry eingeleitet worden ist.

Die Besetzung bringt für Frankreich nur noch Nachteile mit sich. (Ob sie den Siegermächten jemals irgendwelche Vorteile geboten hat, ist im höchsten Grade zweifelhaft.) Nachteile finanzieller Art — denn seit dem Dawes-Plan muß Frankreich die Kosten der Besatzungsarmee selbst tragen, da es entsprechend weniger an Mitteln für Reparationszwecke übrig behält; Nachteile moralischer Art, weil

es in der Welt im Verdacht des Militarismus steht, der jedem anhaftet, der fremdes Gebiet militärisch besetzt hält.

Am stärksten machen sich aber diese moralischen Nachteile auf die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen bemerkbar. Allein die Tatsache der Besetzung wirkt deprimierend und sogar vergiftend. Sogar für die Anhänger der Annäherung bildet sie eine natürliche Hemmung. Und für die Gegner der Annäherung ist sie der gewünschte Vorwand zur Völkerverhetzung. Solche blutigen Vorfälle wie in Germersheim geben nun erst recht den Nationalisten den Anlaß zu neuer Aufpeitschung der Leidenschaften. Selbst die gesunden, friedfertigen Elemente des deutschen Volkes, besonders im besetzten Gebiete selbst, können sich dann dieser Atmosphäre des Hasses nicht entziehen. Da tritt sogar die Schuldfrage in den Hintergrund: selbst wenn sie in diesem oder jenem Falle ungeklärt bleibt, so gibt es viele Deutsche, die unwillkürlich denken: „Was haben die französischen Soldaten überhaupt auf deutschem Boden zu suchen — sieben Jahre nach dem Waffenstillstand und gar nach dem Eintritt Deutschlands als gleichberechtigter Macht in den Völkerbund der Völker?“

Sollen nun die deutsch-französischen Beziehungen wirklich immer wieder auch in den kommenden Jahren von den Handlungen einzelner Menschen im besetzten Gebiete abhängen? Soll das Friedenswerk von Genf und Thoiry immer wieder durch Zwischenfälle nach Germersheimer Muster gefährdet oder wenigstens stimmungsmäßig erschwert werden? Wer hat den Vorteil davon? Doch nur die, und allein die, die den Frieden nicht wollen. Deshalb kann es für die anderen, die die deutsch-französische Annäherung ersehnen — und das ist die große Mehrheit auf beiden Seiten — nur die eine Parole geben: „Schluß mit der Besetzung — sobald wie möglich!“

### Der Schießheld endlich verhaftet.

Wie die „B. z. am Mittag“ aus Germersheim erfährt, ist der Leutnant Roucier, der Amokläufer, gegen den die französische Militärbehörde unerschütterlich zunächst nichts unternommen hatte, endlich verhaftet und ins Landauer Gefängnis gebracht worden. Die Verhaftung hatte ihrer Empörung über die Nichtverhaftung des Roucier leidenschaftlichen Ausdruck gegeben.

## Goldrückkauf durch die Bank von Frankreich.

Paris, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Tag des freien Goldankaufs zum Lagesturs durch die Bank von Frankreich brachte einen ungeheuren Ansturm auf sämtliche Schalter der Bank, und zwar sowohl in Paris wie in der Provinz. Die Bank zahlt für ein Zwanzigfrankstück in Gold 114,70 Frank und für ein Fünffrankstück in Silber 13,25 Frank. In Paris wird der Andrang des ersten Tages auf die Schalter auf etwa 15 000 Menschen geschätzt. In den größeren Provinzialstädten betragen die eingenommenen Summen 100 000 bis 200 000 Goldfrank.





